

## Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

### Kein Fracking im Kasseler Stadtgebiet

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke und Piraten  
- 101.17.461 -

### Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat für eine Änderung des Bergrechts dahingehend einzusetzen,

- dass zukünftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum sogenannten Fracking, beginnend bereits mit der Aufsuchungserlaubnis, die Kommunen sowie die Wasserversorgungsunternehmen als Träger öffentlicher Belange beteiligt werden und
- dass zukünftig bei entsprechenden Verfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend durchzuführen ist.

So lange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, lehnt die Stadt Kassel eine unkonventionelle Förderung von Erdgas unter dem Einsatz sogenannter Fracking-Technologien, die das Stadtgebiet betreffen, aufgrund der möglichen Grundwassergefährdung ab.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Piraten

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

Abwesend: Stadtverordneter Häfner  
den

### Beschluss

Dem gemeinsame Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke und Piraten betr. Kein Fracking im Kasseler Stadtgebiet, 101.17.461, wird **zugestimmt**.

